

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

2.2.1928 (No. 28)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postfach:
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. H. u. u.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 18 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Abbestellung tarifierter Rabat, der als Restbetrag gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Entsendung der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abbestellung, Zwangsweiser Vertretung, und Konturverfahren fällt der Rabat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Am Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralbandregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Deutschland und Frankreich

Wann antwortet Briand?

Paris, 2. Febr. (Tel.) Wie bereits berichtet, wird im Verlaufe der Finanzdebatte Ministerpräsident Poincaré heute Nachmittag in der Kammer das Wort ergreifen. Auf der Tagesordnung des Senats steht die Fortsetzung der Besprechung der Interpellationen betr. die Außenpolitik der Regierung. „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß unter diesen Umständen und angesichts der Tatsache, daß Briand den stenographischen Wortlaut der zweiten Rede Stresemanns noch nicht durchgearbeitet haben dürfte, die Rede des Außenministers auf morgen oder vielleicht sogar auf kommenden Dienstag verschoben werden würde. „Matin“ dagegen nimmt an, daß Briand heute Nachmittag seine angekündigte Rede halten werde.

Paris, 2. Febr. (Tel.) Zur gestrigen Rede Dr. Stresemanns äußert „Petit Parisien“, diesmal habe der Reichsminister des Äußeren erklärt, daß, wenn er die Rheinlandräumung fordere, er dies nicht nur deshalb tue, weil er dem deutschen Volke eine Befriedigung geben wolle, sondern auch, weil er eine vollkommene Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland erzielen möchte, eine aufrichtige und dauerhafte Annäherung, und daß er diese mit der Befreiung für unvereinbar halte. „Petit Parisien“ meint, diese Erklärung hätte an Bedeutung gewonnen, wenn Dr. Stresemann sie in seiner ersten Rede als Wortwort oder wenigstens als Schlussfolgerung ausgesprochen hätte. Ablehnend verhält sich „Gaulois“, der die Rede Stresemanns in die Formel zusammenfassen möchte: „Schwamm über die Folgen des Krieges“. Aber eine derartige Grobmut könne Frankreich nicht üben. Wenn Zweifel hinsichtlich der Aufrichtigkeit der Politik von Locarno aufkommen können, so werden sie viel eher durch die Haltung Deutschlands beanlagt werden, das die Locarno-Politik als einfache Befreiung von den Verpflichtungen des Versailler Vertrages auslegt.

Englische Stimmen

London, 2. Febr. „Daily News and Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel: Wenn auch die französische öffentliche Meinung Dr. Stresemanns erneute Forderung nach sofortiger Räumung des Rheinlandes ablehnt, so gibt es doch keine wirklichen Einwendungen gegen die von ihm vorgebrachten Argumente. Wir glauben nicht, daß die britische Regierung oder irgend ein Teil der britischen öffentlichen Meinung versuchen würde, die Form internationaler Knechtschaft, die die Anwesenheit einer französischen Armee unter den gegenwärtigen Umständen bedeutet, zu rechtfertigen. Wenn die Unterzeichner des Locarnopaktes die Absicht hatten, ihre Verpflichtungen einzuhalten, dann ist die Fortdauer der Befreiung eine Beleidigung für den gesunden Menschenverstand und das Gerechtigkeitsgefühl, ferner eine Beleidigung des deutschen Volkes und eine dauernde Gefahr für den Frieden. Es kann kaum bezweifelt werden, daß die britische Regierung die britischen Truppen bereits morgen mit Freude zurückziehen würde. Die französische Regierung hat immer wieder ihren Wunsch nach wahren Frieden mit Deutschland verkündet. Aber sie wird niemals den friedlichen Geist in der deutschen Nation hervorbringen, wenn sie eine starke militärische Streitmacht nicht nur an der Grenze ihres Reiches beläßt, sondern auch dessen Eigentum ansiedelt und den Eindruck entstehen läßt, daß dies bis zum jüngsten Tag so weitergehen soll.

Das Schankstättengesetz

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages wurde am Mittwoch § 1 des Schankstättengesetzes gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei, der Demokraten, der Wirtschaftlichen Vereinigung und eines Teiles der Deutschnationalen angenommen. Nach diesem Paragraphen darf die Erlaubnis zum Ausschank geistiger Getränke nur erteilt werden, wenn ein Bedürfnis nachgewiesen ist. In Gemeinden, in denen auf je 400 Einwohner mehr als eine Schankstätte entfällt, ist das Bedürfnis für neu zu errichtende Betriebe oder zur Ausdehnung bestehender Betriebe auf den Ausschank von Branntwein zu verneinen. In Gemeinden mit weniger als 400 Einwohnern kann beim Vorliegen eines besonderen Bedürfnisses Erlaubnis für insgesamt zwei Schankstätten mit Ausschank geistiger Getränke erteilt werden. Anträge, die den Flaschenvertrieb in die Konzessionspflicht einbezogen wollten, wurden abgelehnt, ebenso ein Antrag, alkoholfreie Gaststätten von der Konzessionspflicht freizuhalten.

Der revidierte französisch-amerikanische Schiedsvertrag wird wahrscheinlich am 6. Februar in Washington unterzeichnet werden. Davos berichtet aus Washington, daß das Abkommen einen Paragraphen enthält, der die Anwendung von Gewalt als Mittel nationaler Politik bei der Regelung eventueller Streitigkeiten zwischen beiden Ländern verurteilt. Der Vertrag trägt dem amerikanischen Vorbehalt bezüglich der Anwendung der Monroe-Doktrin und dem französischen Vorbehalt bezüglich der Verpflichtungen Frankreichs gegenüber dem Völkerbund Rechnung.

Streik in Katalonien. Wie aus Madrid berichtet wird, hat im Zusammenhang mit der Erhebung der Lohnsteuer eine seit längerem drohende Krise im Bauarbeitergewerbe in Katalonien zu einem Streik geführt, der immer weiter um sich greift, und an dem sich auch die Dachdecker beteiligt haben. Die Regierung hat eine Erklärung erlassen, daß sie die Frage der neuen Steuern erneut prüfen werde.

Letzte Nachrichten

Das Reichsschulgesetz

M. Berlin, 2. Febr. (Priv.-Tel.) Sehr beachtlich sind Äußerungen, welche die „Germania“ zu den Verhandlungen über das Reichsschulgesetz bringt. Das führende Zentrumblatt erklärt, daß das Zentrum den entscheidenden Wert auf den § 20 legt, ohne den keine annehmbare Regelung denkbar wäre. Wie bereits gemeldet, gehen die Vorschläge des Reichskanzlers darauf hinaus, diesen Paragraphen in Form von Ausführungsbestimmungen den Ländern zu überlassen. Dagegen scheinen sich jedoch gewisse Bedenken sowohl im Zentrum wie in der Volkspartei zu erheben, in letzterer deshalb, weil damit Nassau voraussichtlich seine Selbstständigkeit in der Simultanschulfrage verlieren würde, im Zentrum umgekehrt, weil dadurch Hessen und Baden aus der allgemeinen Regelung des Reichsgesetzes herausgenommen würden. Erwähnt werden die Verhandlungen darüber, daß zur Zeit der Reichskanzler infolge einer Erkrankung an Nierengstein nicht mehr an ihnen teilnehmen kann. Die Dinge sind also noch in Fluss, und es ist genau so abwegig, wenn heute ein linksgerichteter Blatt, wenn auch schon mit Fragezeichen, die Verhandlungen als gescheitert bezeichnet oder ein rechtsstehendes Blatt die Einigung als gesichert ansieht. Weder das eine noch das andere ist der Fall, die Verhandlungen dauern fort, ohne daß man sagen kann, ob und welches Ergebnis sie haben werden.

Parker Gilbert und die Rheinlandräumung

M. Berlin, 2. Febr. (Priv.-Tel.) Der „New York Herald“ hatte gestern gemeldet, daß Parker Gilbert in einer Unterhaltung mit Poincaré auch über die Rheinlandfrage gesprochen und die Befreiung im Interesse des Dawesplans bis zur endgültigen Regelung für notwendig erklärt habe. In hiesigen politischen Kreisen hält man solche Äußerungen für völlig ausgeschlossen, da sie dem ganzen Wesen Parker Gilberts widersprechen würden, der niemals über den Rahmen seiner eigenen Obliegenheiten hinausgegangen ist.

Das deutsche Eigentum in Amerika

M. Berlin, 2. Febr. (Priv.-Tel.) Gestern hat der Finanzausschuss des amerikanischen Senats die Bestimmungen zur Vorlage über das ehemalige feindliche Eigentum, welche die sofortige Rückgabe von 80 Proz. des deutschen Eigentums und die Zahlung von 100 Millionen Dollar für die deutschen Schiffe, Patente und Radioanlagen vorsieht, die während des Krieges beschlagnahmt wurden, angenommen.

Die Annahme dieser sogenannten Freigabebill bedeutet jedoch nicht etwa bereits die Überwindung aller Schwierigkeiten. Es sind nämlich eine Reihe von Änderungen getroffen worden, die es notwendig machen, die Vorlage wieder an den Ausschuss des Repräsentantenhauses zurückzuverweisen und dann in einem gemeinsamen Ausschuss das Gesetz endgültig festzustellen, das dann wiederum von den Häusern des Bundes genehmigt werden muß. Es handelt sich also um eine sehr langwierige parlamentarische Aktion, die noch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen wird.

Eine große französische Anleihe?

M. Berlin, 2. Febr. (Priv.-Tel.) Wie aus Paris gemeldet wird, erhalten sich an der borigen Börse dauernd Gerüchte, daß eine große französische Inlandanleihe bevorstehe. Diese Gerüchte sind auch der Grund für die Panne, die dort eingetreten ist. Marcel Dutil, der als der finanzielle Vertrauensmann Poincarés gilt, äußerte gestern, daß eine solche Anleihe größtenteils durchaus im Rahmen des Möglichen liege, und daß man vielleicht gegen den eigenen Willen durch die zu große Flüssigkeit des Geldmarktes zu einer solchen Aktion gebrängt werden könnte.

Ein Skandal im Londoner Auswärtigen Amt

M. Berlin, 2. Febr. (Priv.-Tel.) Der „Vorwärts“ meldet aus London, daß dort gegen den Ministerialdirektor des Auswärtigen Amtes, Georgi, eine Untersuchung wegen Vertrauensbrüchen eingeleitet worden ist, an denen auch andere höhere Beamte beteiligt sein sollen. Die Verantwortlichkeit Georgi beansprucht deshalb größeres Interesse, weil er seinerzeit die Verantwortung für die Richtigkeit des Sinowjew-Briefes übernommen hat, der, wie aus dem Prozeß Schred in Leipzig hervorgeht, in Berlin gefälscht wurde. Georgi hat auch in Abwesenheit Macdonalds die überaus scharfe Antwort wegen des Sinowjew-Briefes an Rußland gerichtet.

* Zentrum und Deutsch-nationale

II.

Wenn es bei der Tagung des Reichsparteiausschusses des Zentrums gelungen ist, die Einmütigkeit und Geschlossenheit der Partei neu zu untermauern, dann war das nur möglich auf der Grundlage von Auffassungen und Erklärungen, die den berechtigten Wünschen des sogenannten „linken Flügels“ der Zentrumspartei Rechnung trugen und den Charakter des Zentrums als einer republikanischen Partei unterstrichen. Betrachtet man die von dem Parteiaussschuß einstimmig gefasste Resolution unter dem Gesichtswinkel des Verhältnisses der Partei zu den Deutschnationalen, so muß man sagen, daß auch diese Resolution ihrem ganzen Sinne nach ein deutliches Abdrücken von den Deutschnationalen in sich schließt.

Seitdem hat sich ein neuer Zwischenfall ereignet, welcher dieses innerliche Abdrücken noch viel klarer erkennen läßt, und welcher überhaupt nur dann richtig verstanden werden kann, wenn man davon ausgeht, daß vom Parteivorstand und vom Parteiaussschuß der Zentrumspartei die öffentliche Markierung der Grenzlinien zwischen Deutschnationalen und Zentrum gewünscht worden ist. Es ist also ganz selbstverständlich, daß der Zentrumspartei Abgeordnete Ulkha seine Rede nur in voller Übereinstimmung mit seiner Fraktion gehalten hat.

Als Sprecher der Deutschnationalen zum Etat des Auswärtigen Amtes hatte der Abgeordnete von Freytag-Loringhoven Äußerungen getan, die allerdings mit dem Geist der Außenpolitik des Reichskabinetts nicht recht zu vereinigen sind. Und man konnte durchaus darauf gefaßt sein, daß das Zentrum die peinlich empfundenen Stellen dieser Rede in irgendeiner Form korrigieren würde. Was dann aber faktisch geschah, war viel mehr: Abgeordneter Ulkha forderte, nachdem er die Rede Freytag's scharf gegeißelt hatte, eine Aufklärung von der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, wie sie sich zu dieser Rede stelle. Und die Deutschnationalen mußten unter das laudinische Joch: sie schickten den gewandtesten Redner ihrer Partei, Herrn von Lindeiner, vor, damit dieser das Zentrum beschwichtige.

Man muß solche Reden, wie die des Herrn v. Lindeiner, richtig beurteilen. Von einer großen Partei ist nicht zu erwarten, daß sie vor allem Volk auf die Knie sinkt und um Verzeihung fleht. So primitiv sind die Umgangsformen heute nicht mehr. Eine große Partei muß auf ihr Prestige achten und darf nicht in einer gar zu demütigenden Rolle vor der Öffentlichkeit stehen. Und deshalb hat es sicherlich jeder erfahrene Parlamentarier begriffen, daß Herr von Lindeiner reichlich mit nichtsagenden Wendungen operierte, teils den Abgeordneten von Freytag verteidigte, teils wieder desabvourierte, sich rhetorisch hin und herwand. Der Eindruck war aber doch der, daß hier auf Kommando des Zentrums hin eine Entschuldigungs- und Beschwichtigungsrede gehalten wurde. Und so ist sie auch vom Zentrum aufgefächert worden. Die Zentrumspartei hat erklären lassen, für sie sei der Zwischenfall erledigt, da sich die Deutschnationalen durch Herrn von Lindeiner zur bisherigen Außenpolitik (Locarno, Völkerbund und Versöhnung mit dem westlichen Nachbarn) bekannt hätten.

Inzwischen hat auch Reichsaussenminister Dr. Stresemann von neuem das Wort ergriffen und in sehr glücklicher Weise unsere Politik Frankreich gegenüber geschildert. Bei dieser Gelegenheit hat er die verblüffende Äußerung Lindeiners, die Rede des Herrn von Freytag sei doch eigentlich nur eine unterstützende Ergänzung der ersten außenpolitischen Rede Stresemanns gewesen, mit allem Nachdruck zurückgewiesen. Nur die schließliche Verlegenheit, in welcher sich die Deutschnationalen und ihr Beschwichtigungsredner befanden, vermag es zu erklären, daß jene Äußerung überhaupt getan wurde. Denn die Rede Freytag's paßt zu dem, was Stresemann kurz vorher gesagt hatte, wahrlich wie die Faust aufs Auge.

Die Deutschnationalen haben dann noch einmal versucht, den ganzen Zwischenfall in einem für sie günstigen Licht erscheinen zu lassen, indem sie die Mitteilung veröffentlichten, der Angriff des Abgeordneten Ulkha habe den Absichten des Zentrums nicht entsprochen. Prompt hat der Fraktionsvorstand des Zentrums, Herr von Guérard, erklärt, daß diese Mitteilung nicht richtig sei; allerdings seien einige Mitglieder der Fraktion der Auffassung, daß die eine oder andere Wendung in der Rede Ulkha's vielleicht etwas scharf gewesen sei, doch stehe an

Sich die gesamte Zentrumsfaktion zu den Ausführungen ihres Sprechers.

Die erste Rede, die Stresemann zur Außenpolitik hielt, war durchaus auf den Ton der Versöhnungspolitik gestimmt. Sie wich nicht im geringsten von der bisherigen Linie unserer Außenpolitik ab. Aber sie forderte die Rheinlandräumung, und sie enthielt die Erklärung, man müsse in dem Maße nach Sicherheit gegen Deutschland, „ein Stück Heuschreck“ erblicken, das nicht länger von der öffentlichen Meinung ertragen werden könne. Sie enthielt aber auch weiter die Erklärung, daß Deutschland keineswegs gewillt sei, die nunmehr dringend notwendig gewordene Abkürzung der Befestigung mit dauernden Verpflichtungen zu erkaufen, die über den Friedensvertrag von Versailles hinausgehen. Wie diese Rede Stresemanns den deutschnationalen Sprecher, Abgeordneten von Freytag, zu Ausführungen verleiten konnte, die einer glatten Beurteilung der bisherigen Außenpolitik gleich kamen, ist schwer verständlich, beweist aber von neuem, wie gewagt das Experiment der Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen gewesen ist. Stresemanns erste und zweite Rede sind im Ausland mit dem Ernst aufgenommen worden, der ihnen zukommt. Briand hat seine angekündigte außenpolitische Rede vertagt, zweifellos, weil er sich gesagt hat, daß Frankreich unbedingt auf die Worte Stresemanns antworten müsse, und daß von dieser Antwort unter Umständen die Fortsetzung der Locarnopolitik, ja das Geschick Europas abhängen kann.

General von Lettow-Vorbeck darf nicht sprechen. Der Regierung von Speyer ist vom Vorsitzenden der Interalliierten Rheinlandskommission auf Grund eines angeblichen Zwischenfalls, der der örtlichen Befehlsbehörde bei der Nachprüfung keinen Grund zu einem Einschreiten gegeben hatte, mitgeteilt worden, daß die Vorträge des Generals von Lettow-Vorbeck im besetzten Gebiet verboten worden seien, da nach Ordonnanz 308, Titel 6, Artikel 19, alle Lichtbildvorführungen verboten sind, die geeignet seien, die Würde und Sicherheit der Besatzungstruppen zu verletzen.

Kommunisten und Sozialdemokraten über den Begriff „Vaterland“. Im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtages beantragten die Kommunisten bei Beratung des Kulturbudgets die Streichung des ersten Zusatzes zur Förderung der vaterländischen Jugendpflege, wobei der Sprecher es unbegreiflich fand, daß die Sozialdemokratie der Förderung zustimme, obwohl sie vom Kaiser seinerzeit als vaterlandslose Gesellen bezeichnet worden seien. Von sozialdemokratischer Seite wurde hierauf erwidert, daß die Sozialdemokratische Partei eine staatsbelebende Partei sei und den Begriff des Vaterlandes keinesfalls verneine. Der kommunistische Antrag wurde darauf mit allen gegen die kommunistischen Stimmen abgelehnt.

Skandal im österreichischen Parlament. Im österreichischen Nationalrat kam es am Dienstag zu argen Standalereien und Prügeleien zwischen sozialdemokratischen und landbündlerischen Abgeordneten. Wenzlauer hatte behauptet, daß die Sozialdemokraten beleidigende Ausdrücke über die österreichische Gendarmerie gebraucht hätten; so hätte Bürgermeister Seitz gesagt, die Gendarmen seien ein Gefindel. Bei diesen Worten sprang Seitz auf und nannte Wenzlauer einen Lügner. Mehrere sozialdemokratische Abgeordnete sprangen zur Mithilfe herbei und verlangten von Wenzlauer, daß er seine Worte widerrufe. Landbündlerische Abgeordnete kamen Wenzlauer zu Hilfe, wobei ein Handgemenge entstand. Die Sitzung mußte eine Stunde unterbrochen werden.

Der Wohlstand in den Vereinigten Staaten. Das „Chicago Journal of Commerce“ enthält den Artikel eines bekannten amerikanischen Volkswirtschaftlers, in dem auf den wachsenden Wohlstand in den Vereinigten Staaten hingewiesen wird. Das Arbeitseinkommen sei in den fünf Jahren von 1921-1926 um 36 Proz. gestiegen. Bei einer Fortdauer dieser Steigerung im gleichen Maße werde es im Jahre 1932 in den Vereinigten Staaten keine Armut mehr geben. (?)

Deutscher Reichstag

WZB. Berlin, 1. Febr.

Die zweite Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes

wird fortgesetzt.

Abg. Stöcker (Komm.) meint, die Rede des Abg. v. Freytag-Loringhoven sei den Deutschnationalen sichtlich unangenehm gewesen. Der Abg. Schulz-Bromberg habe nach der Rede seines Fraktionsgenossen ostentativ dem Außenminister die Hand gedrückt. Tatsächlich liegen die Deutschnationalen wie die Sozialdemokraten in inniger Liebe an den Brüsten des Herrn Stresemann. Den einzigen herzhaften Abrüstungsvorschlag habe Ausland gemacht.

Abg. Graf zu Reventlow (NS.) bezeichnet die deutsche Außenpolitik als eine konsequente Unwahrscheinlichkeit dem deutschen Volk gegenüber. Stresemann habe mit seiner Völkerverständigungspolitik vollständig bankrott gemacht. Ein Handelsvertrag mit Polen müsse abgelehnt werden. Selbst eine Räumung des Korridor wäre kein genügender Preis für ein Ostlocomoto. Das Auswärtige Amt sei geradezu eine Filiale von Briand. Die jetzige Außenpolitik sei ein niederträchtiger infamer Betrug des Volkes. (Der Redner erhält einen „Ordnungsruf“.)

Abg. v. Gräfe (Völk.) sieht in dem Dawespaß die Ursache des jetzt beginnenden Unterganges der deutschen Landwirtschaft und des Verfalles der übrigen Wirtschaftszweige. Von der Erkenntnis dieser Zusammenhänge werde das Volk abgelenkt durch die Gründung rein materiell orientierter Gruppen, wie die Wirtschaftspartei, Spartei usw. Bei der gestrigen Rede des Abg. Miska sei manchem die Erinnerung gekommen an Bismarcks Mißtrauen gegen die Politik in langen Kleidern, weiblichen und priesterlichen. Das Zentrum habe immer Politik mit doppeltem Boden getrieben.

Abg. Urban (Komm.) stimmt dem Redner darin zu, daß die jetzige Außenpolitik auf Käuflichkeit des Volkes beredne sei. Die Ministerrede habe der Bilanzbescheinigung einer bankrotten Firma geglichen. Die offiziellen Kommunisten und die jetzige Sowjetregierung Russlands seien mitschuldig an der Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie. Jetzt komme es darauf an, das Proletariat zum Bürgerkrieg gegen den Kapitalismus zu organisieren.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

wendet sich zu den Ausführungen des Abg. v. Freytag-Loringhoven. Er könne nicht mit dem Abg. v. Lindeiner die Rede des Abg. v. Freytag als eine wertvolle Ergänzung der Ministerrede betrachten. Die Deutschnationalen haben die Locarnopolitik nicht etwa terminiert anerkannt. Ihr Vertreter Dr. Hörsch hat auch in Genf loyal mitgearbeitet. Herr v. Freytag hat nicht den neuen Weg angegeben, den wir nach jetziger Meinung einschlagen sollen. Der Locarnovertrag hat uns die Freiheit des Luftverkehrs und viele andere Erleichterungen gebracht. Der Fortschritt geht natürlich nur schrittweise.

Ich habe darauf hingewiesen, daß es sich in Locarno nicht nur um das Vertragswerk handeln sollte, sondern um den Anfang einer gemeinsamen Politik zur Erhaltung des Friedens. Deutschland ist schon um seiner Selbsterhaltung willen zu einer solchen Politik genötigt. Natürlich ist seit Locarno noch nicht jede Spannung beseitigt, aber ich betrachte es als meine Aufgabe, daran zu arbeiten. Darum kann ich auch an die französische Adresse die Mahnung richten: „Nun tut auch das Gute, daß die Idee von Locarno Gemeingut des deutschen Volkes werden kann.“ (Beifall.) Ein französischer Senator hat gesagt, Deutschland habe durch den Versailler Vertrag das modernste Heer der Welt bekommen. (Lachen.) Wir empfehlen allen Mächten der Welt, sich ein modernes Heer dieser Art anzuschaffen. (Sehr gut.) Ganz unverfänglich ist die französische Erklärung, Deutschland müßte erst seine Reparationsverpflichtungen erfüllen. Die Rheinlandbefestigung soll doch auch nach dem Versailler Vertrag nicht so lange dauern, bis die letzte Million bezahlt ist. Es ist nicht zu verkennen, daß der Gehalte der Verständigungspolitik seit der Bildung der jetzigen Regierung im deutschen Volke wesentliche Fortschritte gemacht hat. Dieses wachsende Verständnis wird nicht erschüttert werden durch eine parlamentarische Entgleisung, wie wir sie gestern hier erlebt haben. Der „Vorwärts“ sollte die Angelegenheit nicht allzu tragisch nehmen. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, bald die letzten Hemmnisse zu beseitigen, die einer wirkungsvollen Zusammenarbeit mit Frank-

reich am Werke des Weltfriedens noch entgegenstehen. (Beifall.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) weist Ausführungen des Abg. v. Rheinbaben über die Resolution der internationalen sozialistischen Konferenz in Luxemburg zurück. Wer jetzt noch aus dieser Resolution ein Entgegenkommen an den französischen Standpunkt herauslesen wolle, der vertrate einen Mangel an Intelligenz oder Lokalität. Abg. v. Lindeiner habe im wesentlichen nur die Ausführungen des Abg. v. Freytag bestätigt.

Abg. Dr. Birtz (Z.) meint, Dr. Stresemann habe gesprochen wie ein Minister der lokalen Opposition. Der gestrige Zwischenfall habe wieder gezeigt, wie falsches Spiel die Deutschnationalen spielen. Die deutschnationalen Agitationsreden liefern das Material, mit dem die französischen Reaktionen und Militaristen die Ehrlichkeit der deutschen Verständigungspolitik verdächtigen. (Beifall.) Wir, die wir zur jetzigen Regierung in lokaler Opposition stehen (Hört! Hört!), wir halten uns fern von jener Erbitterung, die aus den Reden der Deutschnationalen und vieler Volksparteiler tritt. Diese Erbitterung stört das Friedenswerk des Außenministers und stört die Reaktion in Frankreich. Die Politik des Außenministers wird getragen von der großen Mehrheit des deutschen Volkes, sie stützt sich auf die Regierung der großen Koalition, die außenpolitisch schon im Werden ist. Das ist der beste Beweis für die Notwendigkeit, schleunigst mit der jetzt nur formell bestehenden Regierungskoalition Schluß zu machen.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Außenminister eingebracht worden, der gegen die Antragsteller und die Völkischen abgelehnt wird.

Der Etat wird nach den Vorschlägen des Ausschusses mit den Ausschüßenschießungen angenommen.

Um 18 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr.

WZB. Berlin, 2. Febr. (Tel.)

Der Einspruch der kommunistischen Abgeordneten Florin und Berk gegen ihre vom Vizepräsidenten Graf verfügte Ausweisung aus der Sitzung vom 27. Januar wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt.

Es folgt die 2. Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete.

Abg. Witte (Sozdem.) führt Klage darüber, daß das Auftreten der Besatzungsbehörden noch immer die schwersten wirtschaftlichen Schäden für die Bevölkerung dieses Gebietes zur Folge habe. Die Arbeitslosigkeit sei dort um 30-50 Prozent höher als im übrigen Reich. Reich und Staat sollten diesem Gebiet wirksamere Hilfe leisten. Wir ersehnen den Tag, an dem an Stelle der Tricolore am Rhein unsere schwarzrotgoldene Reichsfahne flattert.

Nach den Beschlüssen des Ältestenrates des Reichstages soll eine Pause in den Plenararbeiten vom Freitag, den 3. bis Montag, den 6. Februar, eintreten. Auch in der Fastenwoche will der Reichstag keine Sitzungen abhalten. Es fand dann eine Aussprache über die Ausweisung der beiden kommunistischen Abgeordneten statt, wobei die überwiegende Mehrheit der Ansicht Ausdruck gab, daß diese zu Recht erfolgt sei. Gleichzeitig wurde allerdings bedauert, daß durch die Unruhe in der Sitzung es nicht möglich gewesen ist, eine gleiche Maßnahme gegenüber den Völkischen in der Rede des Abg. Frid zu treffen.

Der Schritt der Kleinen Entente in Genf

In der Angelegenheit der in Genf Gatthardt angehaltenen Waffentransporte für Ungarn hat der ständige Vertreter der südbalkanischen Regierung beim Völkerbund am Mittwoch dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note überreicht, mit der gebeten wird, diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Session des Völkerbundes zu setzen. Die Noten der tschechoslowakischen bzw. der rumänischen Regierung, die ebenfalls Mittwoch nachmittag überreicht wurden, sind ähnlich gehalten. Aus dem südbalkanischen Dokument geht hervor, daß die Regierungen der Kleinen Entente formell die Anwendung des Untersuchungsrechtes verlangen. Falls der Rat in seiner Märztagung in diesem Sinne entscheiden sollte, so wäre es das erste Mal, daß das Untersuchungsrecht ausgeübt würde.

„Tinte und Schminke“

Presse- und Bühnenfest Karlsruhe 1928

Sehr verehrte, liebe, gnädige Frau!

Die Bretter sind, die Kosten aufschlagen, ein jedermann erwartet sich ein Fest! Es ist also soweit. Fortan geht es um es ist derselbe, den wohlwollende Beifallsklatscher bei der Aufführung der „Oder, Nero und Alte“ für den katalonischen, überstolzen Don- und Geigenkünstler Juan Manén gehalten haben — dann nun in der endlich freigewordenen Festhalle die **Haubermetamorphose** nach seinen phantastischen und berauschend farbigen Entwürfen vor sich gehen lassen. Sie werden gewiß, liebe, gnädige Frau, den Hausinspektor der Festhalle rufen, ihn zu fragen, ob Sie sich wirklich in den in der Erinnerung wesentlich anders gestalteten Räumen befinden. Richtig ist, daß auch der Niesentubel und das bunte Gewoge das Gesicht der Festhale so verändern wird, daß nur gewandte Verkehrschausse die erfreuliche Anordnung und späten Leid aufrechterhalten können. Bei aller Schätzung der verehrten Polizei, der Herren Blantenhorn und Häuser: diesmal mußte man doch andere Sicherheitsorgane verpflichten. Wie Saul über allem Volk, ragt der Opernregisseur Leber daraus hervor, umschwärmt von dem Geldspieler Hiel, dem ebenso grimmen wie promovierten Bassisten Bucherpfennig, dem Adam und Nero Witt, dem Strindberg-Spieler mit dem klassischen Namen v. d. Trend, dem Bariton Wehrand als Wunsch vieler Frauen, dem Dramaturgen Kiencherf, der trotz des weißen Hauptbushes mit namhaftem Gummitüppel das Seinige tun wird.

Schon beim Promenadenkonzert, das die ingesta moles in Fluß setzen wird, mögen die Herren ihres Amtes walten, damit die Operettenrevue von allen Teilnehmern auch genossen werden kann. Sie ist, wie ich Ihnen schon schrieb, an den Heubergerischen „Opernball“ angelehnt und bringt stauenswerte, vielleicht auch da und dort schmerzhaft empfundene Aktualitäten aus der guten Stadt Karlsruhe. In höchster Parität — nirgends wohl spielen Eiferfüchteleien, Skabalen und Leid eine geringere Rolle als bei den Theaterleuten! — ist das einen geringeren Abend lang epochale Kunstwerk von Baumbach und Krauß und von Krauß und Baumbach verfaßt. Also Sie Oper, Sie Schauspiel. Bei der Darstellung herrscht allerdings das Opernpersonal nach der Natur der Sache und das Tanzkorps. Es werden die Gestalten „freiert“ von Theo und Ragda Estrad (die trotzdem nun beide — nomen est omen — Kammerjäger geworden sind,

immer noch nicht verheiratet oder verschwiebert sind), von der Malie Franz, der melchiorischblauen Gartung, der schönen Seiberlich, dem Kobold Kademadern und andern. Die fleischartige Aufführung wird dem Zug unserer erhabenen ersten Zeit entsprechend außerordentlich üppig mit Tanz ausgestattet sein, wobei auf die Verleibung nicht eigentlich der Hauptwert gelegt wird, trotz der rührenden Betreuung durch Margarete Schellenberg. Es kann indessen nichts passieren, denn der Generalissimus, die Intarnation der Schlankheit, Seppel Krüpp, wird das Landestheaterorchester höchstselbst zu neuen Triumpfen führen.

Die Eröffnungsfeier des **Verbrecherkellers** wird eine Disputation für Juristen bringen, da immerhin Gefahr für Vörfere oder das Leben besteht. Nicht einmal in den Kommentaren zu Reichsgerichtsentscheidungen wird so viel scharfsinniges juristisches Klaunderwisch und Wlech zu finden sein, wie es ein bekannter Karlsruheer Rechtsanwalt zur Belehrung der Gäste verüben wird. Die Hochzeitsfeier in der **Laubenzolnie** unter der stummen Regide Jilles wird die Hilde Weller als Braut zeigen — eine amourose Sache, die sich gerade die verheirateten Webermänner sehr wohl gefallen lassen — aber der Glückliche ist für den Abend Alfons Kloeide. Durch ein unerklärliches Phänomen ist dem holden Paar schon zur feierlichen Hochzeit ein Kindlein, Kelly, erblüht, das im Kinderwagen dem Hochzeitszug erst die wahre Weiße gibt. Müller und Schulze als Trauzeugen, die schwarzfüngige Pieglerin als Schwiegermutter — nun, man wird da schon was erleben können.

Sie wissen, liebe Frau Jenny, daß ich selbst vom Jass (sprich Tschä) eigentlich nichts wissen will. Aber so wenig man bei aller Schwärmerie für die liebliche Maternacht, in der Silberwölfe fliegen und der Schwager auf dem Posthorn seine süße Weiße bläst, heutzutage nicht mehr in der gelben Kutse mit dem wiesernden Koffen durch die Lande zieht, sondern mit dem „Bagen“ über die Strafe und die Hüner flüht, so wenig kann man sich, sogar wider Willen, dem vielverufenen „Weltkühnismus der Zeit“ entziehen. Natürlich konnte für das Presse- und Bühnenfest nur was Vollkommenes und keine dilettierende Aufzuzerei in Frage kommen. Das ist denn auch in einer internationalen Kapelle gefunden. Dabei von Fremdbänderei zu sprechen, ist nicht angebracht. Dann dürfte man auch keine Ananas in die Böhle tun und müßte sich mit der gewiß nicht unwirksamen Selleriewurzel begnügen. Der Jass ist nun mal amerikanischer Ursprungs und kann echt nur aus dem Ursprungsland bezogen werden. Im kleinen Saal wird die

Jazzband Gelegenheit haben, bei Gesangs- und Tanznummern in Ensembles und Soli ihren welterobernden Ruf einem titulierten Publikum zu beweisen.

Was das **Kabarett** bringen wird, ist Sache des Einfalls und genialer Improvisation, sonst bliebe es beim ögigen Alltagswortschatz. Darum keine Spannungsvorwegnahme. Der **Boxkampf** wird endlich die hier ersehnte Gelegenheit geben, den fetten, unterirdisch und darum um so erbitterter schwelenden Streit zwischen Theater und Presse zu einem taublergeistigen Austrag zu bringen. Was ist dafür geeigneter als die Faust! Es hat sich so unsäglich Feindliches zwischen Künstlern und Kritikern angeammelt, daß endlich Brand und Leitzig die Entföhnung im lieblichen Wortkampf bis zur verhängnisvolleren Zahl 10 erzwungen werden. Eine Schär männlicher und weiblicher Masseur steht bereit, um ein vorzeitiges Erlöschen und damit einen Dauerzustand zwischen den beiden sich neidenden, also sich liebenden Kräften und Mächten zu verhindern. Im Vertrauen, liebe Jenny, mir ist nicht ganz wohl bei der Aussicht. Ich glaube, diesmal padis die Kerle mit den bösen kritischen Mäulern. Wenn Sie nicht können, kniffe ich wachhaftig nach Durlach aus. Nachdem Sie mir aber nun tiefbetäubt schreiben, daß Ihr verehrter Herr Gemahl zu einer auswärtigen Aufschüßratsitzung am Samstagabend über den Aniebis nach Freudenstadt in den „Mappen“ fahren muß, — ich kenne die anstrengenden Verpflichtungen der Aufsichtsratsitzungen — kann ich Sie unmöglich allein ohne männlichen Schutz zum Tinte- und Schminkefest ziehen lassen. Auf die Gefahr hin, daß man mir die Nase entgegen schlägt; sie ist ohnehin zu groß. Ihr scharmanter Trost mag sie dann in den gottgewollten Stand rübersehen.

Im übrigen haben Sie durchaus recht, wenn Sie in Ihrem Bekanntheitskreis darauf hingewiesen haben, daß man sich über das Kostüm nicht weiter den Kopf zerbrechen soll. Möglicherweise hant, ja groll, denn die Säle liegen in gleichem Bild und die Farben glühen alternden. Wenn Sie nur geistvoll sind und tüchtig lügen können, dann passen Sie sich durchaus der Pressestimme an. Schauspielern können Sie als Frau von Natur wegen ja meisterlich, so daß auch der Charakter der Bühne getroffen ist. Die Aussicht auf Ermöglichung ist aufgelegter Anfinn. Darauf soll sich Ihre überspartame Tante Malchen nicht verlassen, sonst kann sie warten, bis ihr Freierrmann kommt, also ewig. Steden Sie diesen Brief gleich weg, damit sie ihn nicht liest. Trübe Dich, Maible, über die Abwesenheit des ehemännlichen Aufsichtsrates und komm endlich zu Deinem Deinigsten

Charite.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Etat vor dem Haushaltsausschuss

Der Haushaltsausschuss des Badischen Landtages ist am Mittwoch in die Beratung des Staatsvoranschlags für 1928 und 1929 eingetreten und hat zunächst das Budget des Landtages unverändert genehmigt. Es wurde festgestellt, daß der badische Landtag relativ billig arbeitet.

Beim Etat des Staatsministeriums (Berichterstattung der Zentrumsabgeordnete Gensch) stellte die Regierung Mitteilungen über die Verwendung der Grenzfondsmittel des Reiches in Baden in Aussicht.

Von völkisch-rechtlicher Seite wurde die Frage der Staats- und Verwaltungsreform angeschnitten mit dem Hinweis, daß man sich in Baden mit einem Staatspräsidenten und vier Ministerialdirektoren begnügen könnte. Anstelle einer Gesamtdarstellung in Berlin solle eine wirtschaftliche Vertretung geschaffen werden.

Staatspräsident Dr. Kemmle wandte sich gegen die völkisch-rechtlichen Vorschläge. Er sehe keine erheblichen Möglichkeiten wo zum Zwecke der Ersparnis wesentliche Änderungen vorgenommen werden könnten. Aber nur drei Ministerien ließe sich reden. So lange das Land als solches bestehe, ginge es mit Ministerialdirektoren allein aber nicht, da diese die politische Verantwortung nicht übernehmen könnten. Die Gesamtdarstellung in Berlin habe heute eine viel größere Bedeutung wie im alten Staat. Alle Industrie- und Handelsgruppen ließen sich in Berlin vertreten. Selbst die Städte hätten große Vertretungen. Die Gesamtdarstellung sei ständig stark in Anspruch genommen. Wenn man die Interessen Badens und seiner Bevölkerung und Wirtschaft wahren wolle, so müsse Baden unbedingt mit den Reichsministerien dauernd innige Fühlung haben, sonst käme man zu kurz! Es genüge nicht, an den Reichssitzungen teilzunehmen. Auch eine gewisse Repräsentation sei unbedingt geboten. Der Staat müsse überhaupt repräsentieren. Das sei auch früher der Fall gewesen.

Der Sprecher des Zentrums erklärte, von einer wesentlichen Kostenersparnis wäre kaum etwas zu spüren. Notwendig ist nach Auffassung des Zentrums eine klare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Reich und Ländern. Auch kulturelle Gesichtspunkte verlangten die Dezentralisation. Es händen auch da große Interessen der deutschen Südweste auf dem Spiel. Die Regierung möge Vorschläge über eine Reform der gesamten Verwaltung machen. Das Defizit könne, wenn alles zusammenhelfe, bedeutend verringert werden. Die Reform müsse sich aber auch auf die Unterrichtsverwaltung erstrecken, nicht nur auf die eigentlichen Verwaltungsbehörden. Der außerordentliche Aufwand für die drei Hochschulen sei viel zu hoch.

Der Sprecher der Bürgerlichen Vereinigungen meinte, das Reich habe 1919 viel zu viel an sich gerissen. Man wisse bald nicht mehr, woran man sei. Die Reform der badischen Ministerien sei erwidenswert. Am besten wäre es wohl, das das Innenministerium durch Abgabe von bestimmten Arbeitsstellen zu entlasten, z. B. der Landwirtschaft. Auf die Minister selbst könne man heute aber nicht verzichten.

Ein sozialdemokratischer Redner stellte die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen seiner Partei und dem Zentrum in der Frage „Reich und Länder“ fest, hofft aber trotzdem auf eine Verständigung. Die Verwaltungsreform müsse von wirtschaftlichen Gesichtspunkten diktiert sein. Stammeseigenarten und kulturelle Erwägungen hätten auszuscheiden. Mit dem Zentrum wüßte man die möglichste Vereinfachung des Anhangens in der Verwaltung.

Im Verlaufe der Auseinandersetzungen stellte die Deutsche Volkspartei den Antrag, den Reichsparlamentarier mit der Abgabe eines Gutachtens über die Verwaltungsreform und Verbilligung in Baden zu beauftragen.

Staatspräsident Dr. Kemmle verwies auf die sehr sparsame Aufstellung des Etats. Man müsse sich immer fragen, ob drei Hochschulen nebeneinander aufrecht erhalten werden können. In der Frage „Reich und Länder“ müsse man befürchten, daß die Entwicklung über uns hinweggeht. Die Reichsverfassung sei zu bereinigen. Föderalisten und Unitarier müßten einen Ausweg suchen. Das deutsche Volk sei auf die Länder eingestellt. Der Zentralstaat habe sicher große Schwächen. Er (der Minister) sehe die Dinge anders wie viele seiner Parteifreunde; er sei für eine weitgehende Dezentralisation. Die Länderkonferenz sei keineswegs eine Fleite gewesen. Der heutige Zustand zwischen Reich und Ländern sei nach seinen Erfahrungen absolut untragbar. Da sei aber eine starke Führung nötig; nur so werde man zu einer Lösung kommen.

Der demokratische Redner unterstellte das Verlangen nach dem Sparkommissar, verpicht sich aber keineswegs erhebliche Ersparnisse.

Von völkisch-rechtlicher Seite wurde erklärt, daß die Länder von sich aus ihre Neugliederung alsbald in Erwägung ziehen müßten. Baden solle möglichst viel eigene politische Macht behalten. Die Tatsache, daß der Vorsitzende des Haushaltsausschusses gleichzeitig Staatsrat, also Mitglied der Regierung sei, wird von der Deutschen Volkspartei als unhaltbar bezeichnet.

Der Staatspräsident wies darauf hin, daß sich die badische Regierung dauernd mit der Frage der Vereinfachung beschäftige, und kündigte über die Ergebnisse dieser Prüfung eine Denkschrift an den Landtag an.

Die Abstimmung über einen Antrag der Deutschen Volkspartei, den Reichsparlamentarier mit der Abgabe eines Gutachtens über die Verwaltungsreform und Verbilligung in Baden zu beauftragen, wurde bis zum Abschluß der Etatberatung ausgesetzt und der Voranschlag für das Staatsministerium in den einzelnen Positionen jeweils mit großer Stimmenmehrheit genehmigt.

Der Haushaltsausschuss bewilligte sodann im voraus die Summe von 80 000 RM zur Einrichtung der Lehrerbildungsanstalten in Freiburg und Heidelberg, um die Eröffnung dieser Anstalten auf Ostern zu ermöglichen. Dagegen stimmten die Deutsche Volkspartei und die Bürgerliche Vereinigung.

Der Minister des Kultus und Unterrichts gab auf eine völkisch-rechtliche Anfrage die Erklärung ab, daß in keiner Weise mit kirchlichen Stellen bisher über ein Konordat verhandelt worden sei. Es sei nur die württembergische Regierung mit der badischen Regierung wegen der dortigen Verhandlungen in Verbindung getreten. Man habe daraufhin von Karlsruhe aus lediglich gebeten, dauernd Fühlung zu halten.

Heute Fortsetzung der Etatsberatungen.

Im Haushaltsausschuss hat man die Beratung des Etats des Ministeriums des Kultus und Unterrichts vorweggenommen, weil Staatspräsident und Innenminister Dr. Kemmle zu einer Besprechung nach Berlin gereist ist, während Justizminister Dr. Traut folge schwerer Erkrankung seiner Gattin den Beratungen seines Etats nicht anwohnen kann. Mit einer Mehrheit, bestehend aus Zentrum, Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei, wurde das Nebenglied eines Professors der Technischen Hochschule als Bautechnischer Referent getrieben. Außerdem hat man die Summe der sachlichen Amtsanstellungen des Kultusministeriums um 8200 RM herabgesetzt.

Aus dem badischen Staatsvoranschlag 1928/29

Förderung der Wissenschaften und Künste

Titel IV des Voranschlags des Ministeriums des Kultus und Unterrichts — Wissenschaften und Künste — sieht an ordentlichen Ausgaben für diese Zwecke rund 3,2 Millionen vor (mehr 100 000 RM). Davon entfallen auf das Generalarchiv 81 000 RM (mehr 17 000 RM), auf die Landesbibliothek 125 000 RM (mehr 15 000 RM), Landesmuseum 106 000 RM (mehr 7300 RM), Landesbibliothek für Naturkunde in Karlsruhe 57 000 RM (mehr 11 000 RM), Landesbibliothek für Naturkunde in Karlsruhe 133 000 RM (mehr 7000 RM), Erhaltung kirchlicher und frühgeschichtlicher Denkmäler, sowie von Gemälden und Skulpturen 20 000 RM, Landesmusikschule in Karlsruhe 358 000 RM (mehr 31 000 RM), Kunstgewerbeschule in Pforzheim 217 000 RM (mehr 13 000 RM), Landessternwarte bei Heidelberg 65 000 RM (weniger 11 000 RM), Chemisch-technische Versuchsanstalt Karlsruhe 78 000 RM (mehr 6000 RM), Staatliche Lebensmitteluntersuchungsanstalt in Karlsruhe 61 000 RM (mehr 7000 RM), Stipendien für Gelehrte und Künstler 10 000 RM (mehr 1000 RM), Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Unternehmungen 65 000 Reichsmark (mehr 20 000 RM), Beihilfen zu Studienreisen 3600 RM (weniger 1300 RM). Der außerordentliche Etat befreit sich auf 207 000 RM.

Aus dem Einnahmemeist

Die Universitäten Heidelberg und Freiburg stehen mit 3,3 bzw. 2,4 Millionen (mehr 730 000 und 440 000 RM) in den Einnahmen des Staatsvoranschlags verzeichnet. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um Summen, die die Akademischen Krankenhäuser und klinischen Anstalten abwerfen. — Als Einnahme ist ferner zu buchen der aus der Staatskasse vorzuschüssig bezahlte, den Gemeinden zur Last fallende persönliche Aufwand für die Volksschulen einschließlich Bürgerschulen mit 2,9 Millionen (mehr 358 000 RM).

Die obersten Kirchenbehörden im Staatsvoranschlag

Der Aufwand des katholischen Oberkirchenrates in Karlsruhe beträgt jährlich 289 640 RM, jener des Evangelischen Oberkirchenrates 303 560 RM, das sind 7300 RM weniger bzw. 17 280 RM mehr als bisher. Von dem Aufwand entfällt je die Hälfte auf die Staatskasse, also 144 820 RM und 151 750 Reichsmark.

Die Verlegung der Kinzig

Im Badischen Staatsvoranschlag 1928/29 sind für die Verlegung der Kinzig bei Rehl 2 925 000 RM eingestellt. Die Verlegung der Kinzig ist wegen des Hochwasserschubes der Orte Rehl bis Rheinböschheim und für den zu errichtenden Grenzbahnhof von Rehl sowie zur Schaffung von Gelände für die Stadt Rehl und zur Erweiterung des Rehler Hafens erforderlich. An Beiträgen zu den Baukosten werden voraussichtlich eingehen: 745 000 RM als Zuschuß aus der produktiven Erwerbsloshilfe, 1 155 000 RM als Beitrag des Reichs und eine Million als Beiträge der Stadt Rehl und der anderen beteiligten Gemeinden. Die Verhandlungen zwischen dem Reichsministerium des Innern und der Stadt Rehl wegen der zu leistenden Beiträge waren beim Abschluß des Voranschlags noch im Gange.

Wichtig für deutsche Arbeitssuchende in der Schweiz

RM. In letzter Zeit mehren sich wieder die Fälle, in denen deutsche Reichsangehörige in die Schweiz einreisen, um Arbeit zu suchen, ohne im Besitz der schweizerischen Stellenantrittsbewilligung zu sein. Da ohne diese oder eine entsprechende Zusage eine Arbeitsaufnahme unmöglich ist, geraten solche Personen meist bald in finanzielle Schwierigkeiten und sind genötigt, die Unterstützung der deutschen Hilfsvereine in Anspruch zu nehmen. Eine nachträgliche Erteilung der Stellenantrittsbewilligung wird von den schweizerischen Behörden grundsätzlich abgelehnt. Auf Verfragen sollen die Betroffenen fast übereinstimmend angeben, bei Beantragung des Passes nicht darauf aufmerksam gemacht worden zu sein, daß zum Stellenantritt in der Schweiz eine besondere, vorher einzuholende Genehmigung der zuständigen schweizerischen Behörde notwendig ist.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß jeder deutsche Arbeitnehmer vor seiner Einreise in die Schweiz im Besitz der schweizerischen Genehmigung zum Stellenantritt sein muß.

Aus den Parteien

Auf der kürzlich in Frankfurt abgehaltenen Sitzung des Zentralkomitees der Deutschen Katholikentage wurde festgestellt, daß der Katholikentag 1929 in Freiburg abgehalten werden soll. In diesem Jahre findet der Katholikentag in Magdeburg statt. Freiburg begrüßte schon dreimal, in den Jahren 1859, 1875 und 1888, den Katholikentag in seinen Mauern.

Am Samstag, den 24. und Sonntag, den 25. März findet in Pforzheim im städtischen Saalbau der ordentliche Landesparteitag der badischen Sozialdemokratie statt. Abg. Dr. Marum wird den Bericht der Landtagsfraktion erstatten, während der Reichstagsabgeordnete Dr. Silberling ein Referat über Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik übernommen hat. Außerdem steht die Wahl des Landesvorstandes und des Parteiaussschusses, sowie die Kandidatenaufstellung für die Reichstagswahl und die Landtagswahl 1929, auf der Tagesordnung.

Gemeinde-Rundschau

20 000-Volt-Umspannwerk der Stadt Karlsruhe. Zur Sicherstellung der Stromversorgung hat die Stadt Karlsruhe in der Wilhelmstraße Nr. 9 ein Umspannwerk „Station Süd“ errichtet. Das Werk dient hauptsächlich dem Zwecke der Stromverteilung für das mittlere Stadtgebiet. Der im Elektrizitätswerk Rheinhausen erzeugte oder vom Rurgwerk über die Stationen im Westen und Osten bezogene Strom wird in einer Spanne von 20 000 Volt durch Kabel dem Umspannwerk zugeführt, dort auf 4000 Volt umgespannt und nach den Endpunkten bei der Hauptpost, in der Markgrafenschule und im Tiergarten geleitet. In dem Gebäude ist auch eine Gleichstromanlage untergebracht, welche den Drehstrom in Gleichstrom umwandelt und zur Speisung des Straßenbahnnetzes dient. Bei wachsenden Bedürfnissen ist eine Erweiterung ohne Betriebsunterbrechung möglich. Der zunächst erstellte erste Bauabschnitt ist um 3,00 Meter hinter die Bauflucht zurückgesetzt. Die Stadt ist Eigentümerin der rechts und links anschließenden Grundstücke und wird den als Mittelpartei erstellten Neubau zu einer Gruppe ergänzen, deren beide Flügel wieder bis zur Bauflucht vorgeführt werden, so daß dem Maschinenhaus durch den Vorhof eine Betonung gegeben ist. Den elektrischen Teil der Anlage führte die Badische Elektrizitäts-Gesellschaft Mannheim, Ingenieurbüro Karlsruhe aus, die Gebäude übernahm unter Veranziehung Karlsruher Unternehmer die Firma Wabhs u. Freitag A.-G., Stuttgart, Zweigbüro Karlsruhe.

Karlsruhe als Fremdenstadt. Die badische Landeshauptstadt beherbergte 1927 109 000 Fremde (1926: 108 500). Darunter befinden sich 9500 Ausländer (8950).

Bürgermeisterwahl. Die Bürgermeisterwahl in Schwabach (Amt Offenbürg) (zweiter Wahlgang) ergab 141 Stimmen für den Kandidaten August Schilli, der damit zum Bürgermeister gewählt ist. Seine Gegenkandidaten erhielten 64 bzw. 41 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug circa 80 Proz.

Der Bürgerausschuß Lörrach genehmigte die Errichtung einer Jugendherberge, die 15 Betten haben soll. Ebenso sollen die Kanalisations- und Straßenarbeiten wieder aufgenommen werden, die hauptsächlich als Notstandsarbeiten gedacht sind. Weiter wurde ein Zusammenschluß der Sparkasse in Lörrach mit der Verbandssparkasse in Haag zu einer Bezirksparlasse beschlossen. Die Erhebung einer 7prozentigen Biersteuer, die bei einem Bierkonsum von 18 bis 19 000 Hektoliter in Lörrach eine jährliche Summe von 20 bis 30 000 RM einbringen würde und die zur Senkung der hohen Grund- und Gewerbesteuern gedacht ist, wurde der Gegenstand einer lebhaften Debatte. Die Vorlage wurde schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Aus der Landeshauptstadt

80. Geburtstag. Professor Dr. Ludwig Dill, geboren zu Gernsbach, wo sein Vater Amtsrichter war, feiert heute seinen 80. Geburtstag. Er wurde 1899 nach Karlsruhe berufen, war Mitbegründer der Dackauer Malschule und von 1894 bis 1899 Vorsitzender der Münchener Sezession. Bei der Internationalen Jubiläumsausstellung 1907 fungierte Prof. Dr. Dill als organisatorischer Leiter. Er hat sich in seinem Wirken mit Erfolg für das Prinzip der Befreiung des Landschaftsbildes vom Naturalismus eingesetzt. Seit der Renovation der Badischen Landesmusikschule lebt der Künstler im Ruhestand.

Badisches Landestheater. Das Landestheater wird in den Tagen der heiteren Faschingslaune auch in diesem Jahr für einige Tage die erste Kost beiseite stellen und vom Faschnachtsfest ab der heiteren Kleinkunst seine Tore öffnen. In rascher Reihenfolge sollen Vorträge und Darbietungen unserer beliebten Künstler in Musik, Sprechvortrag, Gesang und Tanz dem Theaterpublikum einige Stunden der Unterhaltung in ungetrübter Unterhaltung bieten. Der Humor soll von der feinen Komik bis zur Groteske seinen Ausdruck finden, alles natürlich im künstlerischen Rahmen und ohne die erforderlichen Grenzen zu verlassen. Die Faschnachtsabende im Landestheater sollen auf frohe Laune auf der Bühne und im Publikum eingestellt werden.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landesmetwarte Karlsruhe. Der Sturmwindel ist in nordöstlicher Richtung weitergezogen. Sein Kern liegt heute vor der nordwestlichen Küste. Die Warmfront auf der Vorderseite des Wirbels hat auch uns leichte Erwärmung um etwa 3 Grad und stellenweise ergiebige Niederschläge gebracht. Im Gebirge ist bei leichtem Frost bis über 20 Zentimeter Neuschnee gefallen. Im Westen folgen rasch Druckanstieg und Aufheiterung, die jedoch mit Rücksicht auf einen neuen westlich Englands nachrückenden Wirbel nicht von langer Dauer sein werden. Voraussage: Vorklärung heiter und meist trocken, leichter Temperaturrückgang, später neue Trübung und Niederschläge in Aussicht.

Kurze Nachrichten aus Baden

Hd. Kleiner Odenwald, 31. Jan. Bei den ersten Holzversteigerungen sind die Preise durchschnittlich um 20-30 Proz. höher als im Vorjahr. Bei der Versteigerung des Holzes vom Domänenwald „Zungholz“ in Alalshausen, teilten sich Buchenscheiter auf 14-16 RM und Kollen auf 10-11 RM. Die Redargeracher Versteigerung des Holzabiebers im Domänenwald „Schloßberg“ ergab für Buchenscheiter 13 RM, für Buchenrollen 8-9 RM und für Kollen gemischt 6-7 RM. Nach Wellingen, die pro 100 Stüd für 20 RM angefangen waren, herrschte wenig Nachfrage.

Hd. Kagenal (bei Mosbach), 1. Febr. Vor wenigen Tagen konnte Altbürgermeister Richter in körperlicher wie geistiger Frische seinen 80. Geburtstag feiern. Mehrere Perioden stand er an der Spitze der Gemeinde, bis ihn das vorgerückte Alter zwang, die Bügel in jüngere Hände zu legen.

Hd. Bühlertal, 1. Febr. Im Alter von 78 Jahren ist Theodor Blum vom Hohenberg nach längerer Krankheit verstorben. Er war Mitglied des Stiftungsrates, des Bezirksrates und war seit fünf Jahren auch Kreisabgeordneter.

Hd. Thiergarten (bei Rehl), 31. Jan. Nach kurzem schweren Leiden ist hier im Alter von 79 Jahren Altbürgermeister und Steuererheber Karl Walz I. gestorben, Veteran von 1870/71. Der Verstorbene gehörte auch eine Reihe von Jahren dem Bezirksrat an und war lange Zeit Vorstand des Kriegervereins.

Hd. Rastbach, 31. Jan. Hier starb im Alter von 84 Jahren der frühere Direktor der Tonwerke A.-G., Albert Dewig. Der Verstorbene gehörte längere Zeit der ersten badischen Ständekammer als Mitglied an.

Hd. Freiburg i. Br., 1. Febr. Die Priesterweihe findet für dieses Jahr am Sonntag, den 11. März, in St. Peter bei Freiburg statt. Es kommen 36 Herren zur Weihe.

Hd. Todtnauberg, 1. Febr. Altbürgermeister Eduard Mühl, der etwa 30 Jahre lang Bürgermeister von Todtnauberg war, ist im Alter von 86 Jahren gestorben.

Hd. Bierbrunn bei Waldshut, 30. Jan. Auf sein 25jähriges Bürgermeistertjubiläum konnte gestern Bürgermeister Benedikt Ebner zurückblicken.

Hd. Säckingen, 30. Jan. Die schon seit einiger Zeit regelmäßig kurz nach 6 Uhr in der Umgebung hörbaren starken Detonationen rühren von Unterwassererfahrungen im Baugebiete des Kraftwerkes Schwärzstadt her.

Hd. Wisingen (Amt Waldshut), 1. Febr. Die Holzhaue von Lörrach und Umgebung haben in den letzten Tagen einen Waldrücken niedergelegt, der über 135 Jahre im freien Walde gestanden hat. Die große Tanne hatte die respectable Höhe von 37 Metern, einen Durchmesser am Stod von 1,68 Meter, einen Umfang von über 5 Meter und wog etwa 15 Festmeter.

Hd. Freiburg i. Br., 1. Febr. Die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg hat Dr. Gerhard Korte in Magdeburg, der für die Erschließung der oberbadischen Kalische in Duggingen bahnbrechend gewirkt hat, anlässlich seines 70. Geburtstages die Würde eines Doktors der Staatswissenschaften ehrenhalber verliehen.

Verschiedenes

Winter in Amerika

Mit erneuter Schärfe ist der Winter nach einer kurzen Periode milderer Witterung in Nordamerika wieder eingelehrt. — New York verzeichnete am Mittwoch bei bitterer Kälte eine Schneehöhe von mehr als 15 Zentimeter, und mehr als 12 000 Schneeschaufler mußten ausgeben werden. Der Niagarafall ist beinahe vollständig zugefroren.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	2. Febr.		1. Febr.	
	Geb.	Verk.	Geb.	Verk.
Amsterdam 100 G.	168.65	169.09	168.92	169.26
Kopenhagen 100 Kr.	112.21	112.36	112.18	112.40
Italien . . . 100 L.	22.19	22.23	22.195	22.235
London . . . 1 Pf.	20.404	20.444	20.413	20.453
New York . . . 1 D.	1885	4.1965	4.1910	4.1990
Paris . . . 100 Fr.	45	16.49	16.46	16.50
Schweiz . . . 100 Fr.	60.50	60.72	60.63	60.79
Wien 100 Schilling	69.00	69.12	69.05	69.17
Prag . . . 100 Kr.	12.414	12.434	12.423	12.443

Badische Naturweinsteigerungen. Der Verein badischer Naturweinsteigerer (im Verband Deutscher Naturweinsteigerer) hält seine diesjährige große Weinsteigerung am 27. März 1928 im Dreifönigssaal in Offenburg ab.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Die Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Obercotwil, Amt Freiburg, wurde dem Apotheker Karl Friedrich Wehler in Freiburg verliehen.
Karlsruhe, den 27. Januar 1928.
Der Minister des Innern
Kemmerle

Bekanntmachung
Apotheke in Malsch, Amt Ettlingen
Die Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Malsch, Amt Ettlingen, wurde dem Apotheker Friedrich Oberle in Stuttgart verliehen.
Karlsruhe, den 28. Januar 1928.
Der Minister des Innern
Kemmerle

Bekanntmachung
Errichtung einer Apotheke in Redarzel, Amt Mosbach
Dem Apotheker August Eichhorn in Mannheim wurde die Berechtigung zum Betriebe einer in Redarzel, Amt Mosbach, neu zu errichtenden Apotheke verliehen.
Karlsruhe, den 28. Januar 1928.
Der Minister des Innern
Kemmerle

Bekanntmachung
Errichtung einer Apotheke in Mannheim-Neuland
Die Berechtigung zum Betriebe einer in Mannheim-Neuland neu zu errichtenden Apotheke wurde dem Apotheker Richard Bader in Konstanz verliehen.
Karlsruhe, den 28. Januar 1928.
Der Minister des Innern
Kemmerle

Bekanntmachung
Vorschriften über Krankheitsregister
I.
Öffentliche oder amtliche Wassermann-Reaktionen werden in Baden in folgenden Krankenhäusern und Anstalten im Sinne des § 2, Abs. 3a und b der Bekanntmachung betreffend Vorschriften über Krankheitsregister vom 21. November 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 1069) ausgeführt, ohne daß sie einer Erlaubnis bedürfen:

1. Freiburg: Badisches Untersuchungsamt für ansteckende Krankheiten, Universitätsklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten;
 2. Heidelberg: Badisches Untersuchungsamt für ansteckende Krankheiten, Universitätsklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten, Wissenschaftliche Abteilung des Instituts für experimentelle Krebsforschung;
 3. Heil- und Pflegeanstalt Jllenu; 4. Heil- und Pflegeanstalt bei Ronzang;
 5. Karlsruhe: Städtisches Krankenhaus;
 6. Mannheim: Städtisches Krankenhaus;
- II.
Eine Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Ausführung der Wassermann-Reaktion des § 2, Ziffer 1 und 2 obengenannter Bekanntmachung ist erteilt:
1. Apotheker Dr. Fritz Lindner, Karlsruhe, Kaiserstr. 80;
 2. Dr. med. Binder, Leiter des bakteriologischen Instituts der öffentlichen Untersuchungsanstalt in Pforzheim;
 3. Generaloberarzt a. D. Dr. Emil Bobedank, Baden-Baden, Langestr. 2;
 4. Dr. med. Martin Schmidt in Karlsruhe, Durlacher Allee 20.
- Karlsruhe, den 30. Januar 1928
Der Minister des Innern
J. B.: Föhrenbach

Dem Müringischen Museum in Eisenach wurde die Erlaubnis zum Losverkauf in Baden erteilt.
Karlsruhe, den 30. Januar 1928.
Der Minister des Innern
J. B.: Föhrenbach

Der Pensionsantrag der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger in Berlin wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Wertlotterie erteilt.
Karlsruhe, den 30. Januar 1928.
Der Minister des Innern
J. B.: Föhrenbach

Die Disziplinar-Kammer der Apotheker
Gemäß § 62, Absatz 2 in Verbindung mit § 61, Absatz 1 des Gesetzes vom 10. Oktober 1906, die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals betreffend, wird hiermit nach Anhörung der Badischen Apothekerkammer Oberregierungsrat Dr. Gustav Keller im Ministerium des Innern zum Vorsitzenden der Disziplinar-Kammer der Apotheker ernannt.
Karlsruhe, den 1. Februar 1928.
Der Minister des Innern
Kemmerle

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Zugwachmeister Hermann Voigtländer zum Polizeioberwachmeister.

Zurückgesetzt auf Ansuchen:
Gendarmeriewachmeister August Zimmer in Breisach.
Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:
Zu Professoren an Handelsschulen die Religionslehrer:
Dr. Hermann Schöber in Freiburg, Edwin Warner in Freiburg, Anton Groß in Heidelberg, Hermann Jung in Karlsruhe, Handelsschule I, Emil Wälzner in Karlsruhe, Handelsschule I, Hugo Stolz in Mannheim, Handelsschule I, Gerhard Knobloch in Mannheim, Handelsschule I, Josef Fahl in Mannheim, Handelsschule II, Kurt Sturm in Mannheim, Handelsschule II.

Ernannt zu Professoren an Gewerbeschulen:
Die außerplanmäßigen Religionslehrer:
Dr. Karl Friedrich Krämer in Freiburg, Anton Walter in Heidelberg, Josef Rothweiler in Karlsruhe, Max Schwall in Mannheim, Vinzenz Schächtele in Rastatt, Karl Lamb in Mannheim.

Oberlehrerin Maria Beyerle an der Mädchenfortbildungsschule in Konstanz, zum Rektor der Mädchenfortbildungsschule in Freiburg.
Versetzt in gleicher Eigenschaft:
Lehrer Emil Neumann von der Realschule in Triberg an die Mädchenschule in Bruchsal.

Ihr Faschingskostüm?



Wenn Sie die Monatschrift
NEUE FRAUENKLEIDUNG UND FRAUENKULTUR
regelmäßig lesen, sind Sie immer gut und rechtzeitig in allen Fragen der Kleidung, Körper- und Wohnkultur, Literatur und Kunst für jede Zeit und Gelegenheit unterrichtet und beraten

So enthält das neue Februarheft:

- Kleid und Bewegung Emmy Schoch-Leimbach
- Frau oder Fräulein Dr. Hedda Dänzer-Vanotti
- Literarische Jahresbilanz Frank Thieß
- Agnes Hundoggers Tonika-Do-Lehre Dr. Margot Rieß
- Das Faschingskostüm 1928 Kaethe Griese, Berlin-Charlottenburg
- Kultur und Geselligkeit Rudolf v. Delius
- Der gedeckte Tisch Else Hoffmann
- Vom Zuhören Elisabeth Vormeyer
- Raum und Dekoration Margret Halm
- Beseelte Hausarbeit Beate Bartels
- Das schwer erziehbare Kind Dr. B. Kreuz
- Bastlampenschirme * * *
- Die Südseeinsel (Beilage) Hans Franck

Probennummer kostenlos
Abonnieren Sie also beim
Verlag G. Braun, Karlsruhe (Baden)

Tine. Schminke

Presse- und Bühnenfest 1928

Am 4. Februar, beginnend abends 8 Uhr in sämtlichen Räumen der städt. Festhalle
Grosses Kostümfest
mit hervorragenden künstl. Vorführungen unter Beteiligung der ersten Kräfte des Bad. Landestheaters Karlsruhe.

In grossen Festhallsaal: Revue und Tanz
Im kleinen Festhallsaal: Stivolles Weinkabarett m. Internation. Jazzkapelle
Im Roten Saal: Apachenkeller zum Lippenstift
Im Gelben Saal: Berliner Laubenzest
Im Bierstunnel: „Beim Tintenfisch im Aquarium“ mit Wiener Schrammelmusik.
Eintrittskarten zum Preise von 10 Mk. (einschl. Steuer) in den Geschäftsstellen folgender Tageszeitungen:
„Karlsruher Tagblatt“, Ritterstr. 1, „Bad. Beobachter“, Steinstr. 17, „Bad. Presse“, Lammstr. (mit Filialen Kaiserstr. 148 u. Werderpl. 30 a), „Karlsruher Zeitung“, Karl-Friedrichstr. 14, „Residenzanzeiger“, Kurvenstr. 21, „Volksfreund“, Waldstr., sowie an der Landestheaterkasse u. bei Fritz Müller, Musikalienhaus, Kaiserstr.

Am 31. Dezember 1927 waren im Goldhypothenregister eingetragen: \$,100
Hypothekendarlehen über . . . 140 431 740,14
Ferner besaß die Bank Hypothekendarlehen aus Mitteln der Deutschen Rentenbank-Creditanstalt . . . 2 990 485,—
Im Umlauf befanden sich Gold-Hypothekendarlehen . . . 139 823 355,35
Von der Deutschen Rentenbank - Creditanstalt waren ferner zur Verfügung gestellt 2 990 485,—
Rheinische Hypothekendarlehenbank Mannheim.

Badisches Landestheater
Freitag, 3. Februar 1928
* F 18 (Freitagmiete)
Th. Gem. 101-200

Hero und Ute
von Juan Ramón
Musikalische Leitung:
Josef Frips
In Szene gesetzt von
Otto Krauß

Hero Ute Witt
Ute von Hartung
Agrippina Strad
Tigellinus Decker
Marlus Schuster
Barthos Laufhütter
Tänze einstudiert von
Edith Bielefeld
Anfang 19 1/2, Ende 22 1/4
I. Rang und I. Sperrstift
7 Mk
Sa. 4. Feb.: Nachmittags:
Mag und Moritz. Hierauf:
Die Puppenfee. Abends:
Keine Vorstellung
wegen des
Presse- und Bühnenfestes.
So. 5. Feb.: Neu einstudiert:
Margarithe. Im Konzert:
Der Geier.

Leichenwagen
Lieferer als Spezialität
Lorcher Fahrzeugwerke
G. m. b. H. G. 931
Lorch Nr. 9, Württemberg
Jede Ausführung vorzüglich,
günstige Zahlungsbedingungen.
Angebote und Bäder kostenlos.
Gebräuchter, sehr gut erhaltener
Saulfahrgewagen auf Gummi-
rädern sehr preiswert abzugeben.
Überlingen, 30. Jan. 1928.
Bad. Amtsgericht.